Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Brieftr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 26 — Freitag, 31. Januar — 1919

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 30. Januar. (Dr.) Am 29. 1. wurde Grüntal, Wunschheim, Jaruschin und Gr. Samoklensk von unseren Truppen genommen. Zwei Maschinengewehre und Munition wurden eingebracht.

Handelsfreiheit und Blockade.

Berlin, 26. Januar. (Dr) Eine Pariser Konferenz der Vorsitzenden der französischen Handelskammern, der auch die elsaß-lothringischen Handelskammerpräsidenten beiwohnten, nahm einstimmig eine Entschließung an, daß Frankreich die Handelsfreiheit wieder einführen, jedoch dabei die Aufrechterhaltung der Blockade berücksichtigen solle.

Aus dem Berliner Zentralrat.

Berlin, 30. Januar. (Dr.) Am 28. 1. nahm der Zentralrat einen Vertrag des Staatssekretärs Koeth über die wirtschaftliche Lage entgegen und beriet über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Verfassungsentwurf). Am 29. 1. verabschiedete der Zentralrat eine Vorlage über Aenderungen der Militär-Strafgerichts Ordnung und ein Gesetz über Schädlingsbekämpfung. Er beschloß ferner, über die Ersetzung reaktionärer Beamten durch andere von freiheitlichem Geist getragener Persönlichkeiten mit dem Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen. Die Sozialisierungskommission erstattete dem Zentralrat in gemeinsamer Sitzung Bericht Es wurde festgestellt, daß die Kommission dauernd gegen große Widerstände zu kämpfen habe, deren Beseitigung der Zentralrat für dringend erachtet. Außerdem wurde eine Fülle von Eingängen erledigt.

Die Wahl zur hessischen Landesversammlung.

Darmstadt, 29. Januar. (Dr) Das vollständige Ergebnis der Wahl zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31, Unabhängige 1, Demokraten 13, Zentrum 13, deutsche Volkspartei 7, hessische Volkspartei 5 Sitze.

Sitzung der alliierten Großmächte in Paris.

Paris, 29. Januar. (Dr) Nach einer Havasmeldung traten die Vertreter der Großmächte heute mittag zu einer zweistündigen Sitzung zusammen und hörten Demowsky, den einen Vertreter Polens, an. Der andere Vertreter ist noch nicht angekommen. Die Vertreter der Großmächte werden am Nachmittag die Vertreter der tschecho-slowakischen Republik Kramarsch und Benez anhören.

Von der Pariser Friedenstagung.

Paris, 29. Januar. (Dr.) „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die Forderungen der Delegierten der kleineren Mächte mit Bezug auf ihre Vertretung in den Kommissionen für den Völkerbund und für die Häfen und internationalen Wasserstraßen befriedigt werden würden. Nach dem „Matin“ wird Wilson. um seine Botschaft vor dem Kongreß verlesen zu können, Frankreich um den 12. Februar herum verlassen, um fünf Wochen später wieder dorthin zurückzukehren. Die Arbeiten der Konferenz werden auf diese Weise nicht unterbrochen werden.

Ausbau des Hafens von Antwerpen.

Brüssel, 29. Januar. (Dr.) Reuter. Die Regierung beschloß, sofort mit Arbeiten zum Ausbau und zur Unterhaltung des Antwerpener Hafens zu beginnen. Es ist dafür eine Summe von 50 Millionen Francs vorgesehen.

Beschlagnahme bolschewistischer Schriften im griechischen Heer.

Paris, 30. Januar. (Dr.) Dem „Matin“ zufolge wurden bei griechischen Offizieren und Soldaten zahlreiche bolschewistische Aufrufe beschlagnahmt. Die Regierung wird diese Truppen mit besonderer Strenge überwachen.

Polnische Angriffe auf Grenzschutztruppen bei Culmsee.

Bereits am Dienstag Abend hatten wir erfahren, daß es in Culmsee im Laufe des Nachmittags zu einem Zusammenstoß zwischen polnischen Einwohnern und einer Abteilung des Grenzschutzes gekommen sei, wobei auch Schüsse fielen. Die Erkundigungen, die wir am Mittwoch Vormittag in Culmsee einzogen, bestätigten diese Angaben und fügten noch verschiedene Einzelheiten hinzu. Trotzdem enthielten wir uns vorläufig der Veröffentlichung der uns bekannten Tatsachen, weil wir vom hiesigen Gouvernement aus gebeten worden waren, erst die amtliche Darstellung des Sachverhaltes abzuwarten. Diesem Ansuchen glaubten wir entsprechen zu sollen, weil wir der Meinung sind, daß auf keinen Fall durch Verbreitung unwahrer oder übertriebener Gerüchte unnötige Erregung hervorgerufen werden soll. Anderseits sind wir aber der Ansicht, daß man unerfreuliche Tatsachen unter keinen Umständen verschweigen oder beschönigen darf, um so die Bevölkerung in eine falsche Sicherheit zu wiegen. Denn die Vogelstraußpolitik, die nach dem Ausbruch der Revolution unter dem Einfluß der in der Regierung sitzenden unabhängigen Sozialdemokraten getrieben wurde, ist hauptsächlich schuld daran, daß die Polenherrschaft in Posen festen Fuß fassen konnte. Heute sind wir glücklich so weit, daß die polnischen Unternehmungen bis in die Nachbarschaft des Bereiches der Festung Thorn vorfühlen, wie das die täglichen militärischen Berichte aus Bromberg erkennen lassen. Während in der Umgebung von Bromberg polnische Streitkräfte in Form von Truppen in Erscheinung treten, scheint es sich in Culmsee um einen Aufstand bewaffneter polnischer Zivilisten gegen die deutschen Grenzschutztruppen zu handeln. Der darüber ausgegebene amtliche Bericht lautet, wie folgt:

Danzig, 29. Januar. (Drahtnachricht). Amtlich. Im Bezirk der 35. Infanterie-Division, die nördlich und östlich von Thorn im Grenzschutz steht, kam es bei dem Orte Culmsee an der Bahnlinie Thorn—Graudenz, ungefähr 20 Kilometer nördlich von Thorn, am 28. 1. zu einem Zusammenstoß zwischen Grenzschutztruppen und polnischen Einwohnern von Culmsee.

Das Generalkommando 17. A.-K. hatte die Belegung des Ortes mit Teilen der 35. Inf.-Division aus Gründen des Bahnschutzes und zur besseren Unterbringung der Truppen angeordnet. Die Division hatte das bevorstehende Eintreffen von 400 Mann und 200 Pferden dem zuständigen Landratsamt und dem Bürgermeister von Culmsee am 27. Januar mitgeteilt.

Am 28. Januar nachmittags ging beim Generalkommando Danzig ein Telegramm aus Culmsee ein, worin ein Herr Hartwig vom Magistrat und ein Herr Beczecynski vom Arbeiterrat Culmsee die sofortige Zurückziehung des Grenzschutzes verlangten, da sie bei dessen Einrücken im Hinblick auf die Erregung der Bevölkerung in Culmsee schwere Ausschreitungen befürchteten. Abgesehen davon, daß eine Aufhebung des Befehls zur Belegung von Culmsee die nach dort in Marsch befindliche Abteilung gar nicht mehr hätte erreichen können, lag für das Generalkommando kein Grund vor, die aus militärischen Gründen angeordnete Belegung von Culmsee rückgängig zu machen. In diesem Sinne wurde der Magistrat von Culmsee vom Generalkommando telegraphisch verständigt.

Die Kavalleriespitze der Abteilung, die am 28. Januar von Briesen her anrückte, erhielt aus Culmsee Feuer. Der Abteilungsführer, Leutnant Roßbach, der darauf im Kraftwagen vorfuhr, wurde auf dem Marktplatz von einer bewaffneten Menge aus dem Wagen gerissen, durch einen Streifschuß verwundet und mit seinem Begleiter in einen Keller gesperrt.

Leutnant Roßbach gelang es, mit Hilfe einiger seiner Soldaten zu entkommen. Ein Haufen bewaffneter Polen, die sich des Kraftwagens bemächtigten, fuhr den anrückenden Truppen entgegen. Am Ostausgang des Ortes kam es zu einem Zusammenstoß des Haufens mit der Maschinengewehr-Kompagnie der Abteilung Roßbach, bei dem auf beiden Seiten von der Waffe Gebrauch gemacht wurde.

Inzwischen forderte Leutnant Roßbach den Arbeiterrat Culmsee telefonisch auf, die Schießerei einzustellen, da sonst die Artillerie das Feuer eröffnen würde. Diese Aufforderung ging überdies noch schriftlich durch einen Zivilisten dem Arbeiterrat Culmsee zu. Da sie unbeantwortet blieb, wurden einige Artillerieschüsse mit hohen Sprengpunkten abgegeben worauf dann in die Stadt mit Stoßtrupps eingedrungen wurde. Um 8 Uhr abends waren sämtliche Ortsausgänge durch die Abteilung Roßbach besetzt. Mit Genehmigung des Generalkommandos 17. A.-K. wurde um 9 Uhr abends der Belagerungszustand in Culmsee verhängt. Die Bevölkerung soll entwaffnet werden. Auf deutscher Seite ist Leutnant Roßbach leicht verwundet. Die Polen hatten Tote und Verwundete. Zur Zeit herrscht Ruhe in der Stadt.

So weit der amtliche Bericht. Wir ersehen daraus, daß auch an einem Orte, wo keine polnischen Truppenverbände zusammengezogen sind, plötzlich „ein Haufen bewaffneter Polen“, wie es in dem Berichte heißt, auf der Bildfläche erscheinen kann, um sich den deutschen Grenzschutzsoldaten entgegenzuwerfen.

Im übrigen erlassen die Polen fortgesetzt Aufrufe zu den Waffen, wobei sie es an gehässiger Aufhetzung nicht fehlen lassen.

Im „Dziennik Poznanski“ (Nr. 11) ist zu lesen:

Denke daran,
wie der Preuße deine Kinder gequält hat,
wie der Preuße deine Sprache mißhandelt hat,
wie der Preuße dir den Boden unter den Füßen fortgerissen hat,
wie der Preuße deine Heiligtümer verlacht hat.

Wisse, daß derselbe Preuße noch lebt und daß derselbe Preuße wiederkommen und damit für deine Kinder der Henker sein wird, wenn du den polnischen Boden nicht gegen die kreuzritterliche Flut schirmen wirst.

Gehe daher und melde dich zum Militär im nächsten Werbebüro.

Die Löhnung.

Infolge zahlreicher Anfragen wird die von der obersten Heeresleitung festgesetzte Norm der Löhnung für die einzelnen Rangstufen bekanntgegeben.

Es erhält täglich

	Mk.		Mk.
der gemeine Soldat	2,—	der verh.	3,—
„ ältere gemeine Soldat	2,10	„ „	3,10
„ Sektionsführer	2,90	„ „	3,90
„ Korporalschaftsführer	3,55	„ „	4,55
„ Sergeant	3,80	„ „	4,80
„ Stabssergeant	4,50	„ „	5,50

Außerdem erhält der Stabssergeant 1 Mark täglich, wenn in der Kompanie mehr als 100 Leute, 50 Pfg., wenn es weniger als 100 Leute sind.

Jeder Soldat erhält unentgeltlich Beköstigung, Uniform, Bewaffnung und Wohnung, kann er nicht in der Kaserne essen, dann erhält er außer der Löhnung 4 Mark täglich Kostgeld.

Jeder Offizier ohne Unterschied des Ranges erhält täglich 11 Mark, der verheiratete 12 Mk., davon muß er sich auch Uniform, Equipierung und Waffen beschaffen. Der Offizier darf von der Küche und von den Quartieren in den Kasernen Gebrauch machen.

Außer obiger Löhnung erhält jede Militärperson eine monatliche Zulage entsprechend der Zahl der Kinder

für 1 Kind	13 M.,	für 5 Kinder	67 M.
für 2 Kinder	25 M.,	für 6 Kinder	83 M.
für 3 Kinder	38 M.,	für 7 Kinder	100 M.
für 4 Kinder	52 M.,	für 8 Kinder	118 M.

Ein anderer Aufruf stand in der vorgehenden Nummer desselben Blattes:

„Keine privaten Rücksichten dürfen heute die jungen Leute abhalten, in das polnische Heer einzutreten. Wer so lange Zeit einer fremden Sache gedient, darf nicht zurückschrecken, sich dem Dienst des Vaterlandes zu weihen. Die Geschichte sieht auf uns! Die Geschichte wird unsere heutigen Taten festhalten und das Urteil über uns fällen! Sollen uns unsere Kinder und Enkel später verfluchen wegen unserer Saumseligkeit? Heute ist jede Minute kostbar, denn der Feind schläft nicht. Der Feind rüstet fieberhaft, um gewaltsam in unsere Lande einzudringen. Der Feind mordet und raubt, der Feind stiehlt und brandschatzt und schleppt die Seuche aus Berlin ein. Was sagst du dazu, Soldat?“

An Deutlichkeit lassen diese Aufrufe wahrlich nichts zu wünschen übrig. Wie vertragen sie sich mit den beruhigenden Versicherungen, die, den Tatsachen zum Trotz, immer wieder gegeben werden?

Auf deutscher Seite wird die drohende Gefahr nicht mehr unterschätzt.

Der Reichsverband Ostschutz, der neu gegründete Bund aller deutschen Vereine für Ostprovinzen, erhebt in einem Aufruf Einspruch „gegen das raubgierige Verhalten des aufrührerischen Polentums, gegen die hochverräterischen Enthebungen der deutschen Militär- und Zivilbehörden aus ihren Aemtern, gegen die Absperrung der Provinz Posen von jedem geordneten Verkehr mit dem Reiche und gegen die Vergewaltigung der 822 000 Deutschen in dieser Provinz. Mit Empörung vernehmen wir täglich neue Kunde von schweren Freveltaten, von Verhaftungen und Verschleppungen, von Plünderungen, von Mord und Totschlag, verübt von Polen an Deutschen.“

Wir erwarten von der deutschen Reichsleitung, so heißt es in dem Aufruf weiter, und von der preußischen Regierung sofortigen wirksamen Schutz des bedrohten Deutschtums in allen Ostprovinzen, vornehmlich unserer schwer heimgesuchten deutschen Brüder in der Provinz Posen, gerechte Sühne der verübten Greuel und Verhütung weiterer polnischer Gewalttaten gegen die Deutschen. Wir erwarten eine zielbewußte, entschlossene und tatkräftige Politik. Wir erwarten, daß die Ostgrenzen des Reiches durch eine tatsächliche Machtentfaltung und durch geeignete Vorbereitungsmaßnahmen für die Friedenskonferenz gesichert werden, damit auf dieser das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen im Osten zur Geltung kommt und die unzweifelhaften Ansprüche des Reiches auf die Ostgebiete gewahrt bleiben.

Ueberfall auf Grenzschutztruppen in Berlin.

Berlin, 29. Januar. (Drahtnachricht). Heute vormittag sollte, wie der Berliner „Lokal-Anzeiger“ berichtet, eine Abteilung des Korps Hülsen zum Grenzschutz nach Oberschlesien verladen werden, als die Truppen plötzlich von einer großen Abteilung anscheinend wilder Soldaten an der Abfahrt gehindert wurden. Als die Freiwilligen den aufreizenden Reden kein Gehör schenkten, schossen die Aufwiegler mit Revolvern auf die Truppen Hierbei wurde ein Unteroffizier und ein Mann getötet.

Anmaßung der Berliner A.- u. S.-Räte.

Berlin, 29. Januar. (Dr.) Der Vollzugsrat der Berliner A. und S.-Räte hat einen Antrag Weiß angenommen, der die Reichsregierung auffordert, sich vor einer Versammlung der gesamten A.- und S.-Räte Groß-Berlins sowie der kommunalen A.- und S.-Räte über die Vorgänge während der Krawallwoche zu rechtfertigen. Die Reichsregierung hat es abgelehnt, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Sie sandte dem Vollzugsrat der Berliner A.- und S.-Räte ein Schreiben, in dem es heißt: Nach dem Beschluß des Rätekongresses sind wir für unsere Tätigkeit örtlichen A.- und S.-Räten nicht verantwortlich. Der Kongreß hat vielmehr die Kontrolle unserer Tätigkeit dem Zentralrat übertragen, in dessen Einverständnis wir bei den Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit in Berlin gehandelt haben. Schon deshalb können wir den Aufforderungen örtlicher A.- und S.-Räte zur Berichterstattung über unsere Tätigkeit nicht entsprechen. Die Heranziehung von Truppen ist von der Reichsregierung und dem Zentralrat angeordnet worden, damit die öffentliche Sicherheit in Berlin wiederhergestellt werde.

Straßenbahnerstreik in Berlin.

Berlin, 29. Januar. (Drahtnachricht) Die in zwei Ausbesserungswerkstätten der großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 940 Arbeiter sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldungssumme von je 500 Mark nicht bewilligt wurde.

Der Verfassungsentwurf der deutschen Freistaaten.

Berlin, 29. Januar. Das Kabinett der Volksbeauftragten nahm laut „Vossischer Zeitung" gestern den Verfassungsentwurf des Freistaatenausschusses mit geringen Abänderungen an. Das im Entwurf enthaltene Wort „Bundesrat" soll wieder ausgemerzt worden sein. Die Einrichtung des Bundesrates bleibt aber tatsächlich erhalten. Jeder Freistaat mit weniger als 1 Million Einwohner solle einen Vertreter in dem sogenannten Staatenhaus erhalten, alle übrigen für je eine Million Einwohner einen Vertreter. Bayern mit 6,8 Millionen Einwohnern erhalte sieben Stimmen, Preußen statt 17 Stimmen 19.

Aus der Konferenz der Finanzminister in Weimar

will das „Berliner Tageblatt" melden können, daß die Vermögenssteuer an das Reich übergehen werde. Die Einzelstaaten sollten aber die Möglichkeit haben, einen Zuschlag zu dieser Steuer zu erheben.

Die Frage der Schuld am Kriege.

Christiania, 27. Januar. In Morgenbladet behandelt der bekannte norwegische Völkerrechtslehrer Professor Gjelsvik die Schuldfrage, die bereits Wilson auf der Wählerversammlung in Cincinnati 1916 dahin beantwortet habe, daß der Krieg überhaupt nicht die Schuld eines Einzelnen sei, sondern die Folge der ganzen Weltpolitik des letzten Menschenalters. Diese Politik, führt der Verfasser dann aus, sei jedenfalls eingeleitet worden durch die englische Besetzung Aegyptens und habe über den Burenkrieg und die Kap-Kairo-Politik zu dem Marokkoabkommen, zum englisch-japanischen Vertrag und zu dem englisch-russischen Abkommen von 1907 geführt. So sei der Grund für die imperialistische Politik der in diesen Verträgen geeinten Großmächte gelegt worden; alle Kriege, die daraus entsprungen, seien imperialistische Kriege mit Eroberungszielen gewesen. Dagegen habe Deutschland keine großen Kriege mit Eroberung und Kriege während des letzten Jahrhunderts nur als nationale Einigungskriege geführt.

Der Eifer, mit dem die Entente jetzt versuche, alle Schuld allein auf Deutschland abzuwälzen, erinnere an die Fabel vom hungrigen Esel, der etwas Heu genascht und deshalb von den übrigen Raubtieren zum Sünder erklärt worden sei. Allerdings habe man von gewisser bayerischer Seite sich in der Rolle des reumütigen Esels versucht, um bei den Machthabern einen guten Eindruck zu machen, aber natürlich mit dem gleichen negativen Erfolg, wie schon die Tierfabel lehre. Die Heiligkeit der Verträge, deren Verletzung gegenüber Belgien man Deutschland vorwerse, habe zwei Seiten. Gäbe es doch eine Suezakte, die die Engländer und Franzosen nicht vergessen haben können; also sei die Achtung von Verträgen keine besondere britische Tugend, ebensowenig wie die Nichtachtung der Verträge ein spezifisch deutsches Laster sei. Die erste Bedingung für einen Völkerbund müsse deshalb sein, daß man einen Strich unter die Vergangenheit setze und neue Wege einschlage, denn dieser Krieg müsse anders enden als die früheren. Sonst könne man die Hoffnung auf einen Dauerfrieden aufgeben, da dann der Völkerbund nur eine Wiederholung der heiligen Allianz und eine Völkerunterdrückung werden würde. Schlagworte wie das vom letzten Penny seien freilich ebenso wie die Aufrechterhaltung der Hungerblockade Deutschlands ein wenig verheißungsvoller Anfang für einen Völkerbund. Nichts gutes verspreche es ferner, daß die Entente die Auslieferung und Bestrafung des Kaisers verlange. Dies zeige, daß die Massen auch jetzt noch von denselben Masseninstinkten beherrscht werden wie vor 2000 Jahren, wo in Rom zum Triumphzug eines siegreichen Feldheeres ebenfalls der besiegte König gehörte, damit ihn die Volksmenge verspotten und anspeien konnte, aber die Sieger sollten den Bogen nicht straff spannen; auch für sie gäbe es ein Memento Mori.

Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 27. Januar 1919.

Zur Frage der alliierten Lebensmitteltransporte durch deutsches Gebiet über Danzig ließ die deutsche Regierung heute erklären, sie sei prinzipiell bereit, die Durchfuhr zu gestatten, wenn die beschleunigte Rückgabe des zur Verfügung gestellten Eisenbahnmaterials gewährleistet werde. Sie zweifle jedoch wegen des schlechten Zustandes der Bahnen und des Mangels an rollendem Material an einer schnellen Beförderung.

Der Vertreter der deutschen Regierung bat um Auskunft, ob die in Polen weilende amerikanisch polnische Lebensmittelkommission, die von den deutschen Behörden Unterstützung zur Fahrt von Warschau nach Danzig forderte, im Auftrage der amerikanischen Waffenstillstandskommission handele. Es werde um schriftliche Aufklärung gebeten, daß sich die Tätigkeit der Ernährungskommission auf die Lebensmitteltransporte beschränke und sie sich jeder politischen Betätigung enthalten werde. Die deutsche Regierung behalte sich außerdem vor, die Abberufung der polnischen Kommissions-Mitglieder zu verlangen, falls diese nationalpolnische Propaganda zu treiben versuchten. Es könne nicht geduldet werden, daß durch unverantwortliche Machenschaften der Entscheidung der Friedenskonferenz über die Regelung der Ostgrenze Deutschlands vorgegriffen werde.

Die französische Regierung hatte gebeten, gemäß dem Trierer Finanzabkommen vom 13. Dezember mit den Verhandlungen über die Rückgabe der in den ehemals von Deutschland besetzten Gebieten beschlagnahmten Vermögenswerte zu beginnen. Hierauf ließ die deutsche Regierung erklären, sie könne sich auf die gewünschten Verhandlungen nicht einlassen, solange ein erst nach Abschluß des Trierer Finanzabkommens bekannt gewordenes französisches Dekret fortbestehe, das die Sequestration des in Elsaß Lothringen befindlichen Privateigentums aller Deutschen nicht elsaß lothringischer Abstammung anordnet. Diese Maßnahme bedeute eine offenbare Verletzung des Artikels VI des Waffenstillstandsabkommens, nach welchem dem Eigentum der Einwohner des von Deutschland geräumten Gebietes keinerlei Schaden oder Nachteil zugefügt werden darf. Sobald die durch das Dekret verfügte Sequestration des deutschen Vermögens aufgehoben und der in dieser Hinsicht beim Abschluß des Finanzabkommens deutscherseits vorausgesetzte Zustand wiederhergestellt sei, könne in die gewünschten Verhandlungen eingetreten werden.

General **Nudant** erwiderte, die deutsche Regierung weigere sich also, in Verhandlungen über die Rückerstattung der erwähnten Werte einzutreten und stelle die Rückgängigmachung des französischen Dekrets als Vorbedingung. Er frage an, ob dies tatsächlich die Ansicht der deutschen Regierung sei.

Der Vertreter der deutschen Regierung erklärte, es seien ihm keine weiteren Weisungen als die in der Note enthaltenen zugegangen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bat die deutsche Waffenstillstandskommission um Mitteilung, ob die Nachricht zutreffe, das in Belgien befindliche deutsche Privateigentum sei beschlagnahmt und es seien teilweise schon deutsche Werte verkauft worden.

Rückkehr der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika.

Die englische Regierung hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß der General v. **Lettow** mit seiner Schutztruppe sich noch in Daressalam befindet. Der Tag der Ueberführung nach Europa ist noch nicht festgesetzt, doch soll der Abtransport bald erfolgen. Die Reise wird voraussichtlich einen Monat dauern. Die nach Abschluß des Waffenstillstandes unternommenen Schritte, die baldige Heimschaffung der noch in feindlicher Hand befindlichen Kolonialdeutschen, namentlich aber der in Deutsch-Ostafrika befindlichen Frauen und Kinder zu erwirken, werden fortgesetzt. Näheres ist bei den zuständigen Stellen, dem Reichs-Kolonialamt und dem Kommando der Schutztruppen, nicht bekannt. Sobald weitere Meldungen eingehen, erfolgt sofort Veröffentlichung in der Presse.

Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Kiew gehörenden Truppen

macht gute Fortschritte. In **Pinsk** ist der letzte Truppentransport aus der Richtung **Gomel** eingetroffen. Darauf wurde Pinsk am 26 Januar geräumt. In **Powursk** sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschieren, haben die Linie Pinsk—Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Ankunft von Deutschen in der Türkei.

Am 19. Januar ist in München ein weiterer Transport von Zivilpersonen bestehend aus 543 Deutschen und 3 Oesterreichern aus der Türkei eingetroffen. Die Abreise von Konstantinopel erfolgte am 3. Januar an Bord des türkischen Dampfers „Tiri-Muschgjan", der die Reisenden bis nach Venedig brachte, von wo sie über Verona, den Brenner und Innsbruck weiter befördert wurden. Die italienischen Behörden haben durch entgegenkommendes Verhalten zur Erleichterung der Reise beigetragen.

Amerikanische Lebensmittel für die Polen.

Newyork, 27. Januar. Reuter. Der Dampfer „Westwardho" ist heute mit einer Ladung Lebensmittel und Kleidungsstücke für die **Polen** im Werte von zwei Millionen Dollar von Hoboken über **Falmouth** nach **Danzig** abgegangen.

Sinkender Auslandskredit Deutschlands.

Wie der Handelsvertragsverein aus Amsterdam erfährt, verweigern die holländischen Banken durchweg die Annahmen der neuen deutschen Banknoten. Da die deutschen Banken an ihre Depotbanken in Holland, zumeist deutsche Firmen, ausschließlich nur neue Banknoten senden, so kommen diese jetzt in große Schwierigkeiten.

Japans Absichten auf die deutschen Kolonien.

Paris, 29 Januar. (Drahtnachricht.) „Matin" glaubt zu wissen, daß das japanische Kabinett sich mit dem von dem früheren Premierminister Okuma formulierten Friedensprogramm einverstanden erkläre, das 9 Punkte umfaßt. Danach würde das Schicksal von **Samoa** im Einverständnis mit England und den Vereinigten Staaten in der Weise geregelt werden, daß es keine deutsche Basis mehr im Stillen Ozean geben konne. **Neu Guinea** würde Australien zugesprochen, die **Marschall-, Karolinen- u. Ladronen-Inseln** würden der Kontrolle Japans unterstellt werden. Tsingtau und der Hafen von Kiautschau, die Südsee-Meerenge sowie die Eisenbahn von Tinan fallen Japan zu. Hinsichtlich der Ordnung in **Sibirien** würde sich Japan mit den Alliierten ins Einvernehmen setzen. Keine Macht dürfe bei Zugeständnissen in diesen Gebieten Wünsche auf eine Herrschaft haben. Punkt 9 fordert hauptsächlich die Beibehaltung der Politik der „offenen Tur" in China.

Stadttheater.

Das Dreimäderlhaus. Singspiel in 3 Akten von Dr. A. M. Wilner und H. Reichert. Musik nach Franz Schubert von Heinrich Berte. — Musik und Text des anziehenden Stückes kennen die Thorner nahezu auswendig, so oft wurde es schon gegeben. Aber der Besuch der gestrigen Vorstellung bewies, daß die Freude daran noch nicht verblaßt ist. Die Stimmung war dieselbe wie bei einer wohlgelungenen Erstaufführung. Den Löwenanteil an dem reichlich gezollten Beifall hatten sich Frl. **Hagen** als Hannerl, Herr **Wildt** als Schubert und Herr **Walbröhl** als Baron Schober gesichert. Es hieße den Theaterzettel abschreiben, wollte man alle nennen, die sich um das Gelingen des Ganzen verdient gemacht haben. Nur dem Spielleiter **Wiesner** sei noch besonders dafür gedankt, daß alles so gut klappte. Unter diesen Umständen kann man annehmen, daß das Stück abermals eine Reihe von Wiederholungen erlebt.

— id.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Die Ostmark in Gefahr.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin **Noske** erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat von Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Rußland, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiken vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem einen blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor.

Wehe Euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird wie in Rußland Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Wehe Euch, wenn Heere fremder Mächte über die östlichen Grenzen hereinbrechen. Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf, helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden. Meldet Euch bei den freiwilligen Verbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit u. Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kav.-Schütz.-Division (Werbebüro Deutsches Künstlertheater, Nürnbergerstr. 70), zum Regiment Reinhardt, Moabit, Neues Kriminalgericht, zum Landesjägerkorps, Steglitz, Albrechtsstraße 131, zum Landesschützenkorps, Berlin, Joachimsthalerstraße 38, zum Freikorps Hülsen, Louisenkaffee, Charlottenburg, Berlinerstraße, zur deutschen Schützendivision, Charlottenburg, Rankestraße 34. Meldet Euch bei den von den Generalkommandos in der Provinz aufgestellten Freiwilligenverbänden, bei den Bezirkskommandos. Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden.

— **Notprüfungen für Angehörige der Grenzschutztruppen.** Vom Justizministerium sind Bestimmungen erlassen, daß die Angehörigen der freiwilligen Grenzschutztruppen unter gewissen Voraussetzungen zu Notprüfungen zugelassen werden.

— **Warnung vor feindlichen Werbeagenten.** Der Zentralrat der Marine sieht sich veranlaßt, an die ihm unterstellten Stationen Aufklärungen über das Treiben gewisser Agenten gehen zu lassen, die in letzter Zeit nicht nur in Berlin mit Erfolg versuchen Söldner für das Ausland anzuwerben. Die Agenten suchen hauptsächlich Unterseebootleute, Maschinisten, Torpedoschützen und Minensucher, denen von den fremden Staaten, in deren Auftrag die Werber arbeiten, nicht unerhebliche Löhne geboten werden. Besonders gesucht sind auch Marineflieger. Nicht nur Mannschaften sondern auch Offiziere werden zu werben gesucht. So verlangt eine Großmacht des Ostens (Japan) außer Marinepersonal besonders Artillerieoffiziere. Die Werber arbeiten mit allen Mitteln. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die Werbebureaus zu ermitteln, die ihre „segensreiche Tätigkeit" über ganz Deutschland ausbreiten und wie vor langen Zeiten deutsche Landsknechte anzulocken suche. Es handelt sich hierbei nicht etwa um Instruktionstruppen. Von den Werbern wird vielmehr klipp und klar gesagt, daß die Mannschaften Gelegenheit haben sollen, sich bald zu betätigen und daß einer schnellen Beförderung in Kriegszeiten nichts im Wege stehe.

— **Der Bund der inaktiven Beamtenstellvertreter, Hilfsbeamten und Beamten e. V. des Heeres und der Marine** veranstaltete am 23. d. Mts. eine aus ganz Deutschland besuchte Vollversammlung in **Berlin**. Der Vorsitzende, Herr Laz.-Insp. Stellv. **Tschepel** berichtete über die Lage und bisherige Behandlung der hauptsächlich aus freien Berufen stammenden Kammeraden. Unter großem Beifall teilte er mit, welche Schritte bisher vom Bundesausschuß beim Kriegsministerium und den übrigen Dienststellen zur Besserung der Lage, insbesondere aber auch zur Schaffung eines Heeres- und Marinebeamtenstandes der Reserve unternommen worden seien. Leider scheine bei den Zentralstellen immer noch das nötige Verständnis für die Notlage der aus dem beurlaubten Stand stammenden, in Heeres- und Marine-Beamtendienst stehenden Kameraden zu fehlen. Der Ausschuß habe sich daher direkt an die Herren Volksbeauftragten gewandt und mit Herrn **Ebert** persönlich verhandelt. Herr Ebert habe soeben durch Schreiben mitteilen lassen, daß die Verhandlungen über die vorgetragenen Wünsche in Kürze zum Abschluß kommen würden. Anmeldungen zum Eintritt in die Organisation sind an die Geschäftsstelle des Bundes, Berlin-Lichterfelde, Friedrichstraße 3a zu richten.

— **Deutscher Offizierbund, Ortsgruppe Thorn.** Zur Wahl des endgültigen Vorstandes und Arbeitsausschusses hatte gestern Abend im großen Saale des Artushofes der vorläufige Arbeitsausschuß der Ortsgruppe Thorn des Deutschen Offizierbundes eine Mitgliederversammlung einberufen, die von etwa 300 Offizieren und deren Angehörigen besucht war. Oberstleutnant **Klein** wies in seinen Begrüßungsworten auf die Notlage hin, in die der gesamte Offizierstand durch die Umwälzung versetzt worden ist. Der Offizierbund, dessen Gründung durch die Not der Zeit hervorgerufen sei, habe sich lediglich zur Aufgabe gemacht, die Offiziere, deren Angehörige, Witwen und Waisen in allen Fragen des Lebens mit Rat und Tat zu unterstützen, er sei eine rein wirtschaftliche Vereinigung, die sich jeder politischen Betätigung fern halte. Der Offizierbund könne seine große Aufgabe, die er sich gestellt hat, nur erfüllen, wenn hinter ihm das geschlossene Offizierkorps stehe. Redner richtete an die Anwesenden die Aufforderung, sich restlos der Ortsgruppe Thorn anzuschließen. Der bisherige Geschäftsführer der Ortsgruppe Thorn, Leutnant d. R. **Noltenius**, gab dann einen eingehenden Bericht über den umfangreichen Arbeitsbetrieb des Bundes im allgemeinen und der Ortsgruppe im besonderen. Er streifte die Frage unseres Heimatschutzes Ost, die er als keine parteipolitische, sondern als eine rein deutsche Frage bezeichnete, und forderte die Anwesenden auf, sich diesem Dienst am Vaterlande zu widmen und für den Grenzschutz zu werben. Die Absendung einer Protestresolution an die Reichsregierung und das Kriegsministerium gegen die vorläufigen Verordnungen über Regelung der Kommandogewalt und Rangabzeichen wurde abgelehnt. Die Mitglieder-Mindestbeiträge wurden festgesetzt, wie folgt: Offiziere 1 Mark, Witwen und Waisen 050 Mark monatlich. In den endgültigen Arbeitsausschuß wurden neu- bzw. wiedergewählt: Als Vorsitzender Generalmajor E. Feldtkeller, als Geschäftsführer Leutnant d. R. Noltenius, als Vertreter der aktiven Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere, Feuerwerks-, Zeug- u. Festungsbauoffiziere: Major Sichting, Hauptmann Thomas, Hauptmann Königs, Hauptmann Drenkhahn, Oberleutnant Szelinski, Oberleutnant Sauvant, Stabsarzt von Horn, Hauptmann Zehrt; als Vertreter der inaktiven Offiziere Major Tamms, als Vertreter der Offiziere des Beurlaubtenstandes: Hauptmann d. Res. Wannow, Leutnant d. R. Soppart, Leutnant d. R. Zimmermann; als Vertreterinnen der Offiziersangehörigen, -Witwen und -Waisen: Frau Oberst Kipping und Frau Hauptmann Ribbentrog. Zum Schluß wies der Gouverneur Generalmajor von Groddek, auf die Pflichttreue des Offizierkorps hin, und auf die Pflichterfüllung im Dienst am Vaterlande, die als erstes Gebot der Stunde Geltung zu finden hätte. — An dieser Stelle sei auch kurz über eine Versammlung berichtet, die der Deutsche Offiziersbund in Berlin in der Philharmonie zur Besprechung des Erlasses des Kriegsministeriums über die Regelung der Kommandogewalt und die Frage der Rangabzeichen abhielt. Stellenweise verlief die Versammlung sehr stürmisch.

Es zeigte sich, daß ein großer Teil der Anwesenden für die Anwendung der schärfsten Mittel war, um eine Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Der anwesende Kriegsminister ergriff selbst das Wort und übernahm persönlich die vollste Verantwortung für den Erlaß. Er bezeichnete es als das Gebot der Stunde, für das Vaterland und mit dem Vaterland zu arbeiten.

— **Alle russischen Gefangenen,** die sich noch auf Arbeitskommandos oder sonst vereinzelt außerhalb der Gefangenenlager aufhalten, werden von jetzt ab nur noch dem Gefangenenlager Danzig—Troyl zugeführt.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Freitag, den 31. Januar 1919: Fortdauernd scharfer Frost.

Graudenz. Zu einer blutigen Schlägerei zwischen zwei Fliegeroffizieren und zwei Soldaten, Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrates, kam es in der Nacht zum Mittwoch gegen 1/2 3 Uhr nach einem kurzen Wortwechsel in der Altemarktstraße in Graudenz. Die Offiziere behaupteten, von den Soldaten herausgefordert worden zu sein. Im Verlauf des Streites, der bald in Tätlichkeiten ausartete, erhielten die Offiziere Faustschläge und Fußtritte ins Gesicht, auch wurden ihnen die Achselstücke heruntergerissen. Die Soldaten verfolgten die Offiziere weiter bis zum Fischmarkt, wo sich die Mißhandlungen wiederholten. Mit blutüberströmten Gesichtern meldeten sich die Offiziere, die sich später in ärztliche Behandlung begaben, auf der Polizeiwache und wurden von da unter polizeilichem Schutz nach ihrer Wohnung geleitet.

Graudenz. Ein folgenschweres Automobilunglück ereignete sich am Freitag abend auf der Kreischaussee in Gut Thyman bei Lessen. Der Kandidat der Demokratischen Partei für die Landesversammlung, Stadtrat Winkler-Graudenz, befand sich auf der Rückfahrt von einer Wahlversammlung mit den ihn begleitenden Herren Kaufmann Zimmermann und Kaufmann Schützler aus Graudenz im Auto. In der Dunkelheit schleuderte der Hinterwagen gegen einen Baum. Durch den Anprall brach eine Stange des Verdecks und zertrümmerte Herrn Zimmermann die Schädeldecke. Stadtrat Winkler erlitt Verletzungen an den Beinen und wurde ins Krankenhaus Graudenz gebracht, während Herr Schützler leichtere Verletzungen davontrug. Der schwer verunglückte Kaufmann Zimmermann wurde im Gutshause Thymau untergebracht. Herbeigerufene Aerzte bemühten sich vergeblich, durch eine Operation zu helfen. Der Verunglückte der in Graudenz großes Ansehen genoß, starb noch in derselben Nacht.

Marienwerder. Von Einbrechern heimgesucht wurde in der Nacht zum Sonnabend der Gutsbesitzer König im benachbarten Gr. Baldram. Die Diebe waren in die Stallung eingedungen und hatten drei hochtragende Zuchtsäue und drei fette Schweine entwendet. Die Tiere hatten sie gleich an Ort und Stelle geschlachtet und waren dann mit dem Raube spurlos verschwunden.

Danzig. Generalmajor von Treskow, der frühere Kommandeur des Danziger Inf.-Regts. 128, der zurzeit schwerleidend im hiesigen Festungslazarett liegt, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Generalmajor von Tresckow, der unlängst in sein 60. Lebensjahr eingetreten ist, begann seine militärische Laufbahn 1878 im Cüstriner Inf.-Regt. 48, gehörte später dem Gren.-Regt. 10 und 11 sowie dem Inf.-Regt. 51 an, war eine Zeitlang Kommandeur der Unteroffizierschule Treptow und wurde am 18. April 1913 Oberst und Kommandeur des Inf.-Regts. 128, an dessen Spitze er in den Krieg zog und das er befehligte, bis er im Dezember 1914 die 50. Res.-Inf.-Brigade erhielt. Danach befehligte er im Felde die 11. Ldw.-Devision. — Beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei fand bei einem Beamtenstellvertreter 31 Ballen (etwa 1600 Meter) grauen Köperdrillich im Werte von rund 15 000 Mark. Die Stoffe will ein hiesiger Schneidermeister, dem vom Kriegsbekleidungsamt Danzig die Anfertigung von 200 Lazarettjacken übertragen war, „erspart" haben. Der Schneidermeister hatte die Stoffe dem Beamtenstellvertreter zum Verschieben unter der Hand übergeben, anstatt sie der Militärbehörde zurückzureichen. Die Polizei beschlagnahmte die Stoffe.

Allenstein. Der Terror der Spartakisten (insbesondere Hamburger und Berliner Soldaten und Matrosen) dauert hier an. Sie demonstrierten in den Straßen gegen den Ausfall der Wahlen. Auf den Straßen ist man vor Anrempelungen nicht mehr sicher.

Allenstein. Ueberfallen und bestohlen wurde in der Nacht zum Dienstag ein vom Militär entlassener auf der Durchreise befindlicher Kraftwagenführer in der Nähe des Bahnhofs. Die der Polizei bekannte Maria Bühner hatte sich an ihn herangemacht und ihm die Brieftasche mit 1350 Mark entwendet. Bei der Verfolgung gelang es ihm, die Diebin einzuholen. Hierbei erhielt der Bestohlene der „Allensteiner Zeitung" zufolge von einem Manne mit einem dicken Stock einen Schlag und weitere Schläge mit einem Schlagring über den Kopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Durch seine Hilferufe aufmerksam geworden, gelang es den Angestellten der Bahnhofskommandantur erst den Verbrecher und später auch das Frauenzimmer festzunehmen. In der Brieftasche befanden sich nur noch 1125,21 Mark.

Weidenburg. Das rätselhafte Verschwinden der 20jährigen Kotalowsky aus Lomno, Tochter des Instmannes K., dortselbst, beschäftigt gegenwärtig die Staatsanwaltschaft. Das Mädchen war mit einem gefangenen Russen, der in Lomno beschäftigt war, im Dezember nach Rußland gegangen, um sich in Moskau trauen zu lassen. Jetzt ist der ehemalige Gefangene allein zurückgekehrt. Er zeigte die Sonntagskleider des Mädchens vor und gab an, seine Braut sei in einem Moskauer Krankenhause gestorben. Diese Angaben klingen recht unglaubwürdig, weil die beiden in der kurzen Zeit wohl kaum nach Moskau hingekommen sein können. Die Untersuchung wird in dieser rätselhaften Angelegenheit hoffentlich Aufklärung schaffen.

Mühlhausen. Einen Kraftwagen-Unfall erlitten in der Nacht zum Sonntag drei Königsberger Herren der Deutschen demokratischen Partei. Am Sonnabend abend fuhren die Herren Herold, Dr. Loehrke und Rogalski nach einer Versammlung von Mühlhausen im Kraftwagen ab. Dicht hinter Braunsberg beim Wärterhäuschen 74 fuhr der Kraftwagen gegen die geschlossene, aber nicht erleuchtete Bahnschranke. Am Wagen wurde das Schutzglas zertrümmert und die Steuerung beschädigt, von den Insassen erlitten Herr Herold und Dr. Loehrke Verletzungen am Kopfe, während die anderen Mitfahrer mit dem Schreck davonkamen. Nach über einstündigem Aufenthalt konnte die Fahrt, als die Steuerung notdürftig ausgebessert war, fortgesetzt werden.

Schneidemühl. Unglücksfall. Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich in einer Handwerksstube in der Kleinen Kirchenstraße. Ein mit dem Infanteriegewehr vertrauter junger Mann erklärte seinem Freunde das Laden und Sichern des Infanteriegewehrs. Beim Herumlegen des Sicherungsflügels entlud sich plötzlich das Gewehr. Das Geschoß schlug durch den Fußboden in die darunterliegende Wohnung, traf hier einen gerade am Kaffeetisch sitzenden Korbmachergesellen, drang ihm durch die Brust und durchschlug dann noch die Seitenwand eines Bettgestelles.

Stargard i. P. Zusammenstoß. Im Stadttheater kam es infolge Verbreitung eines falschen Gerüchtes zu Tätlichkeiten deutscher Soldaten gegen Offiziere und Mannschaften der am Ort weilenden französischen Gefangenen-Uebernahmekommission. Durch Eingreifen eines deutschen Offiziers wurde die Sache geschlichtet. Der französische Kommandant der Alliierten, Hauptmann Cren, hat der Bevölkerung bekanntgegeben, daß im Wiederholungsfall Stargard durch französische Truppen besetzt und zu einer Kriegssteuer verurteilt werden würde.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 31. Januar 1919.

St. Georgenkirche. Abends 8 Uhr Betstunde. Herr Pfarrer Johst.

Neueste Nachrichten.

Aus der württembergischen Landesversammlung.

Stuttgart, 30 Januar. (Dr) Die verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 102 gegen 24 Stimmen den Antrag der Deutschdemokratischen Partei, des Zentrums uud der Sozialdemokraten angenommen, wonach die vorläufige Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte beauftragt wird, die Geschäfte weiter zu führen.

Die Truppenentlassung in England.

London, 29. Januar. (Dr) Reuter erfährt, daß ein neuer Armeebefehl ausgegeben wurde, wonach über 35000 Mann täglich demobilisiert werden sollen. Die Entlassung erfolge nach Jahrgängen. Man hoffe mindestens alle Männer über 35 Jahre entlassen zu können. Während der nächsten 8 oder 9 Monate bleibe jedoch eine Armee von 900000 Mann erforderlich.

Amerikas Politik.

Paris, 29. Januar. (Dr.) Der „Matin" veröffentlicht ein Telegramm Lansings vom 21. 12. 14 an die Vertreter der Vereinigten Staaten in Europa, das bisher nicht bekannt war. Darin fordert Lansing die Vertreter der Vereinigten Staaten auf, sich bei den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu erkundigen, ob diese bereit seien, sofort Maßnahmen zu treffen, um die Urheber der terroristischen Verbrechen in Rußland zu bekämpfen.

Anordnung

betreffend

Entlassung der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen.

Auf Grund der mir durch Verordnung des Staatskommissars für die Demobilmachung vom 12. November 1918 erteilten Ermächtigung ordne ich mit Bezug auf die Verordnung des Bundesrats vom 7. November 1918 (R. G. Bl. S. 1292) zur Durchführung der wirtschaftlichen Demobilmachung für den Umfang des Regierungsbezirks Marienwerder folgendes an:

§ 1.

Arbeitsstellen, die vor Kriegsbeginn mit männlichen Arbeitern und Angestellten besetzt waren, sind für entlassene Heeresangehörige wieder frei zu machen.

§ 2.

Sämtliche Arbeitgeber haben den weiblichen Kräften, die die in § 1 genannten Stellen inne haben, zum nächsten vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungstermin zu kündigen.

§ 3.

Ausnahmen von 2 dürfen die zuständigen Demobilmachungsausschüsse zulassen. Hierbei sind bedürftige Kriegerwitwen zu berücksichtigen.

§ 4.

Ausnahmen sind unzulässig hinsichtlich solcher weiblicher Arbeitskräfte, die

a) vor dem Kriege einen anderen Beruf als den jetzigen ausgeübt haben,

b) nach ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage oder ihren Familienverhältnissen nicht erwerbsbedürftig sind.

§ 5.

Die Ausführung dieser Verordnung haben die Ortspolizeibehörden zu überwachen.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß § 8 der Verordnung des Bundesrats vom 7. November 1918 über die wirtschaftliche Demobilmachung (R. G. Bl S 1292) mit Geldstrafe bis 100 000 Mk. bestraft. Die Strafverfolgung tritt auf meinen Antrag ein.

§ 7.

Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Marienwerder, den 24. Januar 1919.

Der Demobilmachungskommissar.
Schilling,
Regierungs-Präsident.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Thorn, den 29. Januar 1919.

Die Polizei-Verwaltung. gez. Stachowitz. **Der Soldatenrat.** gez. Flöter.

Auszeichnung von Waren.

Auf Grund der §§ 5 und 19 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung, bekanntgemacht am 25. September 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 601) wird für den Bezirk der Preisprüfungsstelle der Stadt Thorn folgendes bestimmt:

Wer Schuhwaren, Kleidungsstücke, Wäsche und andere Web-, Wirk- und Strickwaren, Hüte, Mützen, Handschuhe, Pelze und Pelzwaren, Haus-, Küchen- und landwirtschaftliche Geräte im Kleinhandel feilhält, ist verpflichtet, an jeder im Verkaufsraume oder Schaufenster befindlichen Ware oder Warensorte den Verkaufspreis deutlich sichtbar anzubringen.

Vor der Anbringung der Preisbezeichnung darf die Ware nicht ins Schaufenster gebracht oder anderweit zum Verkaufe gestellt werden.

Die Preisbezeichnung gilt als Preisforderung im Sinne des § 5, Absatz 1, Nr. 1 der Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 467).

Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft. Wer ihr zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

Thorn, den 28. Januar 1919.

Die Preisprüfungsstelle.

Der Grützwurstverkauf

findet nur **Sonnabend von 8 Uhr früh ab** in einzelnen, in jeder Woche bekanntgegebenen Fleischerläden statt, am **1. Februar 1919** in den Fleischverkaufsstellen:

H. Rapp, Breitestraße,	Gruszynski, Bergstraße,
J. Wakarecy, Schuhmacherstr.,	Tylicki, Ulmenallee,
M. Wakarecy, "	H. Weiss, Culmer Chaussee,
R. Gedwin, Mellienstraße,	F. Hauser, Lindenstraße,
Czempitz, "	Schiemann, "
Hauptmann, "	Joh. Weiss, Leibitscherstraße.

Die Verkaufsstellen werden wöchentlich der Reihe nach gewechselt.

An einen Hausstand dürfen 1 bis 2 Pfund abgegeben werden.

Eingetragene Kunden sind in erster Reihe zu berücksichtigen.

Thorn, den 29. Januar 1919.

Der Magistrat **Der Arbeiter- und Soldatenrat**

Das

Konzert Ehrhart Mühlberg

muß

wegen Erkrankung verschoben

werden.

Bekanntmachung.

Die nächste

Zahlung der Familienunterstützung

findet im Magistrat-Sitzungssaal (Zimmer 16) statt und zwar:

am Freitag, den 31. Januar für die Buchstaben A bis K
am Sonnabend, den 1. Februar " " " L " R
am Montag, den 3. " " " " S " Z.

Es wird gebeten, um Doppelgänge, Ueberfüllung und längeres Warten zu vermeiden, um genaueste Beachtung.

Vom 4. bis 14. Februar finden **keine** Zahlungen statt.

Thorn, den 27. Januar 1919.

Unterstützungskommission. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Die städtischen Schulen bleiben der herrschenden Kälte wegen bis Sonnabend, den 8. Februar 1919 geschlossen.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von jetzt ab findet die Zahlung der Familienunterstützung nur am 1., 2. und 3. und am 16., 17. und 18. von 9 bis 1 Uhr vormittags im Magistratssitzungssaal (Zimmer 16) statt.

Thorn, den 21. Januar 1919.

Soldatenrat. Familienunterstützungskommission.

Portierstelle

von sogleich neu zu besetzen.

Mellienstr. 80, Czolbe.

Aufwartung

für 2 Kinder gesucht.

Blume, Bergstraße 22 b, II.

Helferin

sucht für Thorn oder Umgegend passende Stelle in Apotheke oder Drogerie. Gute Zeugnisse vorhanden. Gefl. Angeb. unter E. K. 238 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nehme noch

einige Schüler

an. Margarete Kopczynski, Klavierlehrerin, Gerechtestraße 18/20, 2 Tr., l.

Tüchtigen Unterricht

in

Schreibmaschine und :: Stenographie ::

erteilt

Erna Arendt, Waldstraße 31, part., links.

Junges Mädchen wünscht Unterricht in Französisch und Englisch (Konversation) und deutsche Literatur. Angebote mit Preisangabe erb. unt. A. D. 237 an die Geschst. d. Ztg.

---

10 000 Mark

auf sichere Hypothek zu vergeben. Gefällige Angebote unter H 236 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer guten

Nebenverdienst

sucht, sende sofort seine Adresse unter Z. W. 233 an die Geschst. dieser Zeitung.

Deutsch. Demokr. Partei.

Ansichtskarten

schwarz — rot — gold, der D. D. P. 10 Stück Mk. 1,50. Von jeder Karte werden 2 Pfg. dem Wahlfonds der D. D. P. zugeführt.

Alleinvertrieb für Thorn:

W. Becker, Heiligegeiststr. 1.

Feine Schnell-Sohlerei und Maßwerkstatt Mellienstr. 94

empfiehlt sich.

Kiefern brennholz in Kloben

hat meterweise abzugeben.

H. Drenikow, Baderstraße 2.

Eine guterhaltene

Schreibmaschine,

bekanntes Fabrikat, zu kaufen gesucht; ferner ein guterhaltenes

Herrenfahrrad

mit Bereifung zu verkaufen.

Oswald Stoewer, — Culmer Chaussee 33. —

Zwei eiserne

Oefen

zu verkaufen und

ein Eiskeller

zu vermieten. Näheres bei Dr. Tarnowski, Brückenstr. 11.

Umständehalber beabsichtige ich von sofort mein

Grundstück

mit Landwirtschaft, schönem Obstgarten und neuen Gebäuden, in Thorn-Mocker, Bahnhofswinkel 4, gelegen, preiswert zu verkaufen. Preis und Anzahlung nach Uebereinkunft. Weitere Auskunft erteilt

Besitzer August Gerth, Pensau, Kr. Thorn.

Volkshochschulkurse

2. Reihe

Anfang Montag, den 3. Februar 1919.

1. Oberlehrer **Johannes**: Populäre Astronomie (mit Lichtbildern)
   Montag, den 3., 10., 17., 24. Februar; 3., 10. März; 7½ bis 8½ Uhr abends.
2. Oberlehrer **Carstenn**: Der Kampf um den Sinn des Lebens in den letzten hundert Jahren (mit Lichtbildern)
   Montag, den 3., 10., 17., 24. Februar; 3., 10. März; 8½ bis 9½ Uhr abends.
3. Pfarrer **Heuer**: Deutsche Maler des 19. Jahrhunderts (mit Lichtbildern)
   Donnerstag, den 6., 13., 20., 27. Februar; 6. 13. März; 7½ bis 8½ Uhr abends.
4. **Dr. med. Gerbis**: Ausgewählte Kapitel aus der Gesundheitslehre
   Donnerstag, den 6., 13., 20., 27. Februar; 6., 13. März; 8½ bis 9½ Uhr abends.

Die Vorträge finden in der

Aula der Knaben-Mittelschule, Wilhelmsplatz 7–8

statt.

Eintrittspreis für die sechs Stunden eines Vortrags insgesamt **3 Mark. Für Soldaten 2 Mark.**

Eintrittskarten sind zu haben in der Stadtbücherei, Coppernicusstraße 12, sowie in den Buchhandlungen der Herren Gläser, Golembiewski, Lambeck und Wallis. Soldatenkarten nur in der Stadtbücherei.

Der Coppernicusverein für Wissenschaft und Kunst.

Lic. Freytag, Vorsitzender.

Durch einen Schaden am Windgebläse einer Hauptkesselgruppe und durch den unglücklichen Umstand, daß einer unserer Kessel zur Reinigung geöffnet ist, ist die

Dampferzeugungsanlage im Elektrizitätswerk vorübergehend derart geschwächt,

daß zeitweilige Abschaltungen der Straßenbahn und Teile des Licht- und Kraftnetzes notwendig sind. Leider kommt noch hinzu, daß die Kohle außerordentlich schlecht ist und nur eine ganz geringe Dampferzeugung ergibt. Die Verwaltung hofft, den Schaden morgen, spätestens übermorgen beseitigt zu haben.

Elektrizitätswerke Thorn.

Lämmchen

Varieté und Cabaret

Gerechte-Straße 3

Nur noch

2 Tage

der hochinteressante

Januar-:: Spielplan ::

mit

A. Tumano und **A. Bemmchen**

Anfang 6 Uhr.

Eine große Anzahl von

Arbeitern, Arbeitsburschen, Arbeiterinnen

wird von sofort gesucht für eine Zuckerfabrik im Bezirk Magdeburg. Meldung im

parit. städt. Arbeitnachweis

Rathaus, Zimmer Nr. 28.

Das Infanterie-Regiment Nr. 21 sucht für sofort

Musiker aller Instrumente.

Mobile Löhnung u. täglich 5 Mk. Zulage außer Privatverdienst. Meldungen an

Obermusikmeister Grüneberg

Thorn, Strobandstraße 16

Einen

ersten Schneidemüller

sucht

Dampfsägewerk Thorn-Holzhafen.

---

4 jähr. Fuchshengst,

Reit- und Wagenpferd zugfest, mit komplettem Reitzeug sofort verkäuflich. Brombergerstr. 92.

Sägespäne

hat abzugeben

Sägewerk Thorn-Holzhafen.

Nähmaschinen

gegen Teilzahlung verkauft

G. Brückmann, Thorn, Schloßstraße 14 II.

Fast neues Klavier

Fabr. Moldenhauer, zu verkaufen. Zu erfrag. in der Geschäftsst. d. Ztg.

Weiss-wollener Herren-Sweater

zu verkaufen Philosophenweg 3, pt.

Ein Herrenpelz fast neu, Lammfell mit Tuchbezug und **ein Paar Schaftstiefel** Gr. 42, preisw. zu verkaufen Leibitscherstr. 45, pt. r.

Ca. 100 Ztr.

gelbe gesunde Speisewrucken und Sauerkohl

evtl. auch in kleineren Mengen verkauft das

städt. Kriegsspeisehaus

Thorn, Bachestr. 4.

Mein

Geschäftsgrundstück

(Kolonialwaren, Schank- und Ausspannung) ca. 5 Morgen Garten und Ackerland, darunter mehrere Baustellen, krankheitshalber sofort zu verkaufen.

Rudolf Meyer, Podgorz.

Ein Hausgrundstück

in der Stadt zu kaufen gesucht. 10 000 Mk. Anzahlung. Gefl. Angeb. unt. H 235 an die Geschst. d. Ztg.

Versetzungshalber ist die von Herrn Generalarzt Großner bewohnte

6 Zimmer-Wohnung

hochherrschaftlich mit Warmwasserheizung und reichlichem Zubehör, Mellienstraße 28, (nächste Nähe der Stadt) per 1. 4. zu vermieten.

Friedrich Hecktor, Breitestraße 32. Telefon 635.

Vier junge Feldgraue

entl., ev., 22—24 Jahre, wünschen auf diesem Wege Damenbekanntschaft zwecks späterer Heirat. Zuschriften mit Bild unter S. R. 234 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Konzert

∴ Paul Knüpfer ∴

am 1. Februar, abends 7½ Uhr im Artushof.

Reichskrone, Katharinenstraße 7.

Tanzkränzchen

Beginn abends 6 Uhr Saal im Hof.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3.

Von Freitag, 31. Januar, bis Montag, 3. Februar:

Die Sieger

Schauspiel in 3 Akten. Nach dem gleichnamigen Roman aus dem Verlag Ullstein, Berlin.

Henny Porten Hauptrolle Henny Porten

Personen:

Musikprofessor Assing	Rudolf Biebrach
Konstanze, seine Tochter	Henny Porten
Canille Dupaty	Arthur Berger
Siegmund Freystetter	Bruno Decarli
seine Mutter	Elsa Wagner
Buchbinder Gerun	Paul Biensfeld.

Einen Jux will er sich machen

Lustspiel in 3 Akten. Nach einer Posse von Nestroy.

— Dargestellt von berühmten Wiener Schauspielern. —

Metropol-Theater

Friedrichstraße 7.

Von Freitag, 31. Januar, bis Montag, 3. Februar:

Der Teufelswalzer

24. Abenteuer des berühmten Detektivs **Stuart Webbs**

Personen:

Sarto, Geigen-Virtuose	Willy Kaiser
seine Gattin	Käthe Richter
Bera, Artist	Andreas von Horn
Marietta Bera	Eva Ewert
Meißner, Gärtner bei Sarto	A. Wartau
Louise, Zofe	Hendy Wilms
Witwe Rau	Frida Richard
M. Malma	Viktor Helfer
Stuart Webbs	**Ernst Reichert**

Reingefallen. Lustspiel in 3 Akten.

Sonntag große Kindervorstellung

von 1½ bis 4 Uhr

Voranzeige. Vom 11. bis 17. Februar: **Das Himmelsschiff** In 6 Akten.

„Fürst Bülow"

Bachau

5 Minuten vom Bahnhof Thorn-Mocker

Jeden Sonnabend und Sonntag

Großer Familienball

Musik vom Trompeterkorps des Feldartillerie-Regts. Nr. 81

Gut geheizte Räume. Kaffee und Kuchen.

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Kremin.**

Frauenabteilung des Turn-Vereins Thorn.

Die regelmäßigen

Turnübungen

finden vom 5. Februar ab, wieder jeden Mittwoch in der „Jahn-Turnhalle" statt.

1. Abteilung ½ 5—½ 6 Uhr
2. „ 6—7 „

Anmeldungen neuer Mitglieder schriftlich an die Schriftführerin Frau **Frieda Maydorn**, Talstraße 24, erbeten. Der daraufhin erfolgende Bescheid des Vorstandes ist beim ersten Erscheinen zu den Uebungen mitzubringen.

Der Vorstand.

Marg. Stachowitz. Hedwig Illgner, Frieda Maydorn, Clara Kordes, Klara Bonin, Gertrud Schildt.

Wer kann Auskunft geben

über den Wohnort von Karl Hotko (Thorn oder Vorort)? Meldungen erbittet Musketier **Hotko**, J. R. 21, 4. K., Rudak.

Stadt-Theater

Freitag, 31. Januar, 7½ Uhr: Literarischer Abend! Zum 3. Male

„Der Strom".

Sonnabend, 1. Februar, 7½ Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male:

„Der Weibsteufel".

Sonntag, 2. Februar, nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten Male:

„Die Fahrt in's Glück."

Abends 7½ Uhr! Zum 6. Male

„Fürstenliebe".

Synagogale Nachrichten.

Freitag, Abendgottesdienst 4½ Uhr. Sonnabend, Frühgottesdienst 7½ Uhr, Hauptgottesdienst 10 Uhr. Abendgottesdienst 5 14 Uhr. Morgengottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 4½ Uhr.